

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Stadt)

23. Sitzung

02.12.16

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

23. Sitzung

am 2. Dezember 2016

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Buhlert (FDP)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Hinners (CDU)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Frau Dr. Saebetzki)
Frau Biehle)
Herr Sommer)
Frau Oberdörfer)
Herr Bauer) von der Senatorin für Finanzen
Herr Kahnert)
Frau Schüttrumpf)
Herr Dr. Weller)

Frau Sokol Herr Meyer-Stender		Präsidentin des Rechnungshofs vom Rechnungshof
Frau Holsten		von der Senatskanzlei
Herr Staatsrat Siering Herr Wiebe))	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
Frau Schütte-Thuy)	von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Tröger Herr Rüpke))	vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Moning		vom Senator für Kinder und Bildung
Frau Kindscher Herr Mackeben))	vom Senator für Kultur
Herr Radtke Herr Hartwig))	vom Gesamtpersonalrat Bremen
Herr Flottan		von der Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.22 Uhr.

Öffentlicher Teil

I. Protokolle

1. Protokoll der 15. Sitzung vom 31. Mai 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

2. Protokoll der 16. Sitzung vom 1. Juni 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes für die heutige Sitzung aus.

3. Protokoll der 21. Sitzung vom 16. September 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 21. Sitzung vom 16. September 2016.

4. Protokoll der 22. Sitzung vom 4. November 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 22. Sitzung vom 4. November 2016.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

1.1 Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2016

- Vorlage Drs. 19/333 S -

- Dieser Bericht ist von der Stadtbürgerschaft federführend an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft überwiesen worden -

Dazu: Berichtsentwurf an die Stadtbürgerschaft

Abg. Herr Rupp bittet den Bericht am Ende des letzten Absatzes vor dem Antrag um folgenden Satz zu ergänzen:

„Die Fraktion DIE LINKE sieht kritisch, dass die Finanzierung der angestrebten Vorhaben im öffentlichen Nahverkehr durch Arbeitsverdichtung sowie Fahrpreiserhöhungen und damit zu großen Teilen zu Lasten der MitarbeiterInnen und Fahrgäste erfolge.“

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig den so geänderten Bericht an die Stadtbürgerschaft und bittet den Ausschussreferenten das Notwendige zu veranlassen.

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 4. November 2016 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Auftragsliste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

2.2 Fristverlängerung für Berichtsbitten (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/291 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den beantragten Fristverlängerungen zu.

III. Initiativen des Senats

2. (Controlling-) Berichte

**2.1 Überprüfung der Gebührenordnungen im Land und in der Stadtgemeinde Bremen
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/289 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Überprüfung der Gebührenordnungen im Land und der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

**2.2 Last-Call-Verfahren bei Immobilien Bremen
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 1 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/290 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Vorlage zur Kenntnis und sieht die laufende Nr. 1 der Auftragsliste als erledigt an.

2.3 - entfällt -

**2.4 Bericht über den Verfahrensstand neue Beitragsordnung Kindertagesbetreuung
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 72a der Auftragsliste
- Vorlage 19/292 S -**

Abg. Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass die zuständige Fachdeputation zusätzlich auch beschlossen habe, den Senat aufzufordern, zum schnellstmöglichen Zeitpunkt das Nettoeinkommen für die Berechnung der Kitabeiträge zugrunde zu legen und die Kita von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, in dem die Berechnung der

Kitabeiträge von einer zentralen im Finanzressort bei der Landeshauptkasse eingerichteten Erhebungsstelle erledigt werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zur Kenntnis und sieht die laufende Nr. 72a der Auftragsliste als erledigt an.

**2.5 Zahlungen an Zuwendungsempfänger für die Drogenberatung
hier: Berichtsbitte der Fraktion DIE LINKE
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.10 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/293 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.10, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Kenntnis und sieht seine Berichtsbitte als erledigt an.

**2.6 Konsolidierungsbeitrag bremischer Beteiligungen
hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 40 der Auftragsliste
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.11 der Tagesordnung
für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/294 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.11, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Zwischenbericht zur Kenntnis.

- 4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**
- 4.1 Generelle Ermächtigungen und Zustimmungen
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/295 S -**
- Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP den generellen Ermächtigungen und Zustimmungen zu.
- 4.2 Auflösung und Neuorganisation des Stadtamtes
Ermächtigung zur Veränderung von bestehenden Produktgruppenstrukturen
- Vorlage 19/296 S -**
- Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ermächtigt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und DIE LINKE die Senatorin für Finanzen, Veränderungen in der bisherigen Produktgruppenstruktur des ehemaligen Stadtamtes zum 01.01.2017 (einschl. der erforderlichen haushalts- und stellenplantechnischen Veränderungen) nach Befassung durch die Fachdeputationen vorzunehmen.
- Der Senator für Inneres wird gebeten, zur Sitzung am 3. März 2017 über den aktuellen Stand der Umsetzung zu berichten.
- 4.3 Aktualisierte Kita-Ausbauplanung bis 2019/20 - Ausbau- und Finanzierungsbedarfe zur Realisierung beschlossener Versorgungsquoten und Rechtsansprüche auf Basis der aktuellen Bevölkerungsprognose des StaLA
- Vorlage 19/297 S -**

Abg. Herr Dr. vom Bruch merkt an, dass der Vorlage zur in der Sache notwendigen Kita-Ausbauplanung kein Finanzierungskonzept zu entnehmen sei. Dies solle erst zu

einem späteren Zeitpunkt im ersten Quartal 2017 erstellt werden. Eine solche Vorgehensweise sei unseriös und führe im Ergebnis dazu, dass die Fraktion der CDU dieser Vorlage nicht zustimmen könne.

Herr Schneider erklärt, gegenwärtig gehe das Finanzressort davon aus, zur Finanzierung der Kita-Ausbauplanung zukünftig auch Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz heranziehen zu können. Möglich sei auch eine Finanzierung über Haushaltsreste bzw. nicht verausgabte Investitionsmittel.

Abg. Herr Eckhoff möchte wissen, ob die sich aus 4.000 Kitaplätzen und einer Investitionssumme von 196 Millionen € ergebenden Baukosten pro Kita-Platz von ca. 48.000 € angemessen seien. Rückfragen in der Bauwirtschaft hätten ergeben, dass dort von maximalen Baukosten pro Kita-Platz von 31.000 - 35.000 € ausgegangen werde. Er bittet insoweit die Angemessenheit der Kostenschätzung nochmals zu prüfen.

Frau Moning erwidert, der Kostenschätzung in der Vorlage liege die Annahme zugrunde, dass für eine Kita-Gruppe ca. 750.000 € Infrastrukturkosten aufzuwenden seien.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den Bericht zu den aufwachsenden Bedarfen der Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen und die damit einhergehende aktualisierte Kita-Ausbauplanung der Senatorin für Kinder und Bildung zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe der Bedarfe für die Anmietung der Mobilbauten (konsumtiv) über die Laufzeit 2017-2020 i.H.v. 12,3 Mio. € zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 13,29 Mio. € für die Aufstellung sowie den Abbau der Mobilbauten (investiv) zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe der verbleibenden konsumtiven Bedarfe für 2017 (Gesamtbedarf abzüglich der Mobilbauten (Containermiete) sowie der beantragten Mittel aus den global veranschlagten Mitteln für die Flüchtlingsprogramm) i.H.v. 0,637 Mio. € zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen ein Finanzierungskonzept zur Abdeckung der für 2017 erteilten Verpflichtungsermächtigungen (konsumtiv 2,4 Mio. €, investiv 13 Mio. € für Mobilbauten) entwickelt und dem Senat im ersten Quartal 2017 vorzulegen. Erbittet im Anschluss daran um Vorlage des Finanzierungskonzepts.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ermächtigt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

4.4 Baumaßnahme Trink- und Löschwassertrennung beim Theater Bremen
Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 2.093,5 T€
- Vorlage 19/298 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Hst. 3271/891 20-1, Zuschüsse an die Bremer Grundstücks GmbH & Co.KG für die Trink- und Löschwasseranlage, in Höhe von insgesamt 2.093,5 T€ mit folgenden Abdeckungsjahren 2017: 755,5 T€, 2018: 1.255 T€ und 2019: 83 T€ zu.

Zum Ausgleich für die zusätzlich erteilte Verpflichtungsermächtigung darf die im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2016 „Allgemeines“ bei der Hst. 3995/790 10-5, Investitionsreserve, global veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in

entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden.

**4.5 Vergabe von Projektmitteln 2017 im Kulturbereich
Erteilung von zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe
von insgesamt 364.775 €
(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.2 der Tagesordnung für
die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)
- Vorlage 19/299 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 331.775 € bei der Hst. 3289/68691-5, Projektförderungen im Kulturbereich, zu Lasten des Jahres 2017 zu. Zum Ausgleich für die zusätzlich erteilte Verpflichtungsermächtigung darf die im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2016 „Allgemeines“ beider Hst. 3995/790 10-5, Investitionsreserve, global veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.2, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP bei Enthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von insgesamt 33.000 € bei der Hst. 3289/68691-5, Projektförderungen im Kulturbereich, zu Lasten der Jahre 2017 bis 2019 zu. Zum Ausgleich für die zusätzlich erteilte Verpflichtungsermächtigung darf die im Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2016 „Allgemeines“ beider Hst. 3995/790 10-5, Investitionsreserve, global veranschlagte Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Ausgleich von Personalmehrausgaben in den Produktplänen 31,71 und 81 (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/300 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) das Finanzierungskonzept des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu den Personalmehrausgaben zur Kenntnis, schließt sich der Berichtsbite des Abg. Herrn Liess an und ermächtigt die Senatorin für Finanzen mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und FDP zur haushaltsmäßigen Umsetzung.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ein Personalkonzept bis zum 1. Quartalscontrolling 2017 vorzulegen.

6. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik

6.1 Perspektiven für die Entwicklung des Ansgariquartiers in der Bremer Innenstadt - Vorlage 19/301 S -

Abg. Herr Rupp erklärt, die Fraktion DIE LINKE spreche sich gegen einen Verkauf des Ansgariquartiers aus, bitte jedoch das in dieser Sache eingeholte Wertgutachten - nach dessen Vorlage - auch dem Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) zu übermitteln.

Abg. Herr Eckhoff führt aus, die Fraktion der CDU halte die Entscheidung zur Veräußerung des Grundstücks Ansgariquartier/Lloydhof für falsch. Der Senat gebe auf diese

Weise seinen Einfluss auf die weitere Innenstadtentwicklung in nicht nachvollziehbarer Weise aus der Hand. Statt zunächst zu prüfen, ob nicht eine bremische Gesellschaft die Immobilie in ihr Portfolio übernehmen könne, umso Zeit für eine weitere Entwicklung zu gewinnen, werde allein auf eine Verkaufslösung gesetzt, die sich mit Sicherheit nicht positiv auf den zu erwartenden Kaufpreis auswirken werde. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, mit welchem Verkaufserlös der Senat derzeit rechne.

Abg. Frau Dr. Schaefer fragt nach dem weiteren zeitlichen Ablauf der geplanten Veräußerung.

Staatsrat Siering antwortet, mit der Verkaufsentscheidung setze der Senat neue Impulse zu Entwicklung des Ansgariquartiers. Ziel sei es über einen privaten Investor positiv auf die Innenstadtentwicklung einzuwirken. Auch dürfe nicht übersehen werden, dass zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt war, die Immobilie dauerhaft im Vermögen der Freien Hansestadt Bremen zu halten. Die Immobilie weise einen hohen Sanierungsstau auf, der nur durch sehr hohe Investitionen zu beseitigen sei. Die damit verbundenen Kosten wolle der Senat nicht tragen. Zur erwarteten Höhe des Kaufpreises könne er gegenwärtig keine Angaben machen. Hier müsse zunächst das Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens abgewartet werden.

Beabsichtigt sei zeitnah eine Ausschreibung auf den Weg zu bringen. Er gehe gegenwärtig davon aus, dass Mitte 2016 ein Ausschreibungsergebnis vorliegen werde. Die daraufhin zu führenden Verkaufsverhandlungen mit Bietern werden dann etwa Anfang 2018 abgeschlossen sein.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und DIE LINKE der Veräußerung des Grundstücks Ansgariquartier/Lloydhof unter den in der Vorlage skizzierten Rahmenbedingungen zu. Er bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Bremen das für die Freie Hansestadt Bremen vorteilhafteste Vergabeverfahren zu wählen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet um einen schriftlichen Bericht spätestens bis zum

31.03.2018 - zum geplanten Verkauf, - der geplanten Abdeckung des laufenden Kredites der Objektgesellschaft (Ansgaritor-Grundstücksverwaltungs GmbH) sowie - durch welche Verschiebungen von Maßnahmen o.ä. die etwaige Differenz zwischen An- und Verkaufspreis aus dem Produktplan 71 aufgelöst wird.

IV. Verschiedenes

1. Immobilienverkäufe durch die FHB - Vorabprüfung der Eignung der Grundstücke und Gebäude für Kindertagesstätten oder Schulen dazu: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. November 2016

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet den Senat bei Immobilienverkäufen durch die Freie Hansestadt Bremen zwingend eine Vorabprüfung der Eignung dieser Grundstücke und Gebäude für Kindertagesstätten oder Schulen durchzuführen.

2. Änderung der Beschlussfassung über ständige Gäste

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt zur Kenntnis, dass Herr Radtke den Gesamtpersonalrat verlässt und kommt darin überein, Herrn Lars Hartwig als Vertreter des Gesamtpersonalrates den Status eines ständigen Gastes im Ausschuss einzuräumen.

(Ende des öffentlichen Teils um 15.54 Uhr)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender